



Andreas Henseler
Mitglied des Rates der Stadt Köln
Liblarer Str. 18, 50968 Köln
Tel. 0221 / 38 67 86
andreas.henseler@netcologne.de

4. Mai 2014

Presseerklärung

Freie Wähler gegen rechtswidrige Mieterhöhungen in Zollstocker GAG-Wohnungen

Auf einer gut besuchten Veranstaltung der Freien Wähler zur geplanten Sanierung von GAG-Häusern in Zollstock berichtete deren Spitzenkandidatin Dr. Christiane Köhler über ein Gespräch von Mietervertretern mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft.

"Wir wollten eine Zusage der GAG, auf Mieterhöhungen von über 50 % nach der geplanten Modernisierung der Wohnungen zu verzichten", sagte Dr. Köhler. "Es gab keine Bereitschaft, den Mietern entgegen zu kommen. Der Aufsichtsratsvorsitzende, der gleichzeitig Kölner SPD-Vorsitzender ist, hält Mieten in Zollstock bis 9,50 € pro Quadratmeter für vertretbar. Das sind Miethöhen für Luxuslagen", meinte Dr. Köhler. Auf wenig Zustimmung in der Versammlung, an der auch Peter Regnery, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Sülz-Klettenberg, und Manfred Braun vom Vorstand des Allgemeinen Bürgervereins Zollstock teilnahmen, stießen die auf 16 Mio. € bezifferten Investitionen in ca. 250 Wohnungen, wovon ca. 6 Mio. € über Mieterhöhungen umgelegt werden sollen. Die Notwendigkeit, den in 50 Jahren aufgelaufenen Sanierungsstau zu beseitigen, stand dabei nicht in Frage.

Der Architekt Klaus Hanquet kritisierte insbesondere den in den Wohnungen geplanten Austausch der erst vor wenigen Jahren eingebauten Schallschutzfenster durch Holzfenster. Letztere fordere angeblich der Denkmalschutz, behauptet die GAG. "Beim Denkmalschutzamt ist davon nichts bekannt", sagte der Architekt. "Es besteht vielmehr die Gefahr, dass der vorgeschriebene zweite Rettungsweg durch die Sprossenfenster nicht mehr gewährleistet ist", befürchtet Hanquet.

Der ebenfalls anwesenden Wohnungswirtschaftler Ronauld Falkenhagen zog in Zweifel, ob bei den geplanten Mieterhöhungen auch die in den letzten Jahren ersparten Instandsetzungskosten in Abzug gebracht wurden. Er sagte: "Es ist auch nicht so, dass die gesetzlich bis zum 11 % möglichen Umlagen der Investitionen auf die Miete ausgeschöpft werden müssen. Ein städtisches Unternehmen ist gut beraten, unter dem Betrag zu bleiben".

Nach einer ausführlichen Diskussion erklärte Dr. Köhler: "Die Freien Wähler wollen über den Rat auf die GAG einwirken, ihren Satzungsauftrag, für preiswerten Wohnraum zu sorgen, auch bei den Zollstocker GAG-Wohnungen zu erfüllen".

Andreas Henseler, Ratsmitglied der Freien Wähler, unterstützte dies ausdrücklich: "Die Stadt hält mit der Sparkasse zusammen über 90 % der Aktien der GAG. Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Unternehmenspolitik und muss endlich mieterfreundliche Entscheidungen durchsetzen".

gez. Andreas Henseler